

An die Medien

Pressemitteilung

Uniterre unterstützt den Text der jungen Grünen "Stop der Zersiedelung! »

Der Vorstand von Uniterre hat beschlossen, die Initiative der Jungen Grünen zu unterstützen, die am kommenden 10. Februar zur Abstimmung kommen wird.

Der erschreckende Rückgang der Anbauflächen zugunsten von Bauland dürfte Regierungen und Bevölkerungen auf der ganzen Welt beunruhigen, vor allem aber in der Schweiz, wo das Land knapp ist und unsere Ernährungsautonomie bald an einem seidenen Faden hängen wird. Während die RPG zwar eine Reduzierung des Betonierens ermöglicht hat, so bleiben die empfohlenen Massnahmen dennoch unzureichend.

Angesichts der jüngsten Abstimmungen, bei denen die Schweizer Bevölkerung unsere einheimische Landwirtschaft nachdrücklich unterstützt hat, ist es notwendig, uns heute die Möglichkeit zu schaffen, um die landwirtschaftlichen Flächen für künftige Generationen zu schützen, um so die gesetzten Ziele überhaupt zu erreichen zu können. Die Agrarpolitik 2022+, die derzeit in der Vernehmlassung ist, schlägt ein "vernünftiges" Ziel vor, welches den jährlichen Verlust von 800 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ermöglicht. Nach Ansicht von Uniterre ist diese Position sehr gefährlich und kann nicht akzeptiert werden.

Uniterre widerlegt auch das Argument, dass eine definitive Blockade von Neubauflächen der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz schaden würde. Die aktuellen Reserven sind nach wie vor beträchtlich. Wir können uns nicht ewig hinter finanziellen Argumenten verstecken und lieber neue Flächen nutzen, anstatt Industriebrachen zu sanieren und bebaute Flächen zu verdichten. Außerdem, was nützt der Bau von Wohnungen, Straßen und Schulen, wenn das Land nicht mehr in der Lage ist, das grundlegendste Bedürfnis seiner Bevölkerung, nämlich gesunde Lebensmittel, zu befriedigen? Das Gleichgewicht zwischen diesen verschiedenen Räumen ist fragil, es ist höchste Zeit zu handeln, um sie zu erhalten.

Uniterre ermutigt den Initiativausschuss jedoch, bei der Ausarbeitung des Durchführungsgesetzes sicherzustellen, dass Bauprojekte von bäuerlichen Familienbetrieben, wenn sie vernünftig und agrarpolitisch sinnvoll sind, keinen unnötigen Verwaltungsaufwand erfordern, damit unsere Bauern und Bäuerinnen ihren Auftrag auch wirklich erfüllen können.

Abschließend empfiehlt Uniterre seinen Mitgliedern und allen Bürgern und Bürgerinnen, den zur Abstimmung gestellten Text anzunehmen.

Lausanne, 23. Januar 2019.

Pressekontakt:

Vanessa Renfer, Sekretärin : 078 821 24 83 (fr)

Ulrike Minkner, Co-Direktorin : 032 941 29 34 (de)